



Foto: dpa

Bundesausschuss

Grundsatzdebatte eröffnet

Mit einem Kleinen Parteitag und einer anschließenden Wertekonferenz hat die CDU eine auf zwei Jahre angelegte Debatte zur Erneuerung des Grundsatzprogramms eröffnet.

In einer Grundsatzrede rückte die CDU-Vorsitzende Angela Merkel die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in den Mittel-

punkt der Debatte über ein neues Parteiprogramm. „Freiheit und Solidarität, das ist für uns kein unüberwindbares Phänomen“, sagte die Vorsitzende. Voraussetzung für den Zusammenhalt in Deutschland sei der Wille, die Solidarität auf eine Stufe mit den beiden anderen zentralen Grundwerten ihrer Partei – Freiheit und



INHALT

Ronald Pofalla:
Föderalismusreform –
Deutschland bewegt sich!
Seite 5

Aktionswoche
„Wir handeln.“
Seite 4

Eckart von Klaeden:
Nuklearprogramm des
Iran – Lösung auf dem
Verhandlungsweg!
Seite 10–11

HEUTE AKTUELL

■ Durchbruch bei der Föderalismusreform (S. 6–7)
 ■ Hessen: Vorschriften-dschungel gelichtet (S. 9)
 ■ „Gemeinsame Leitkultur“: Laschet fordert gesellschaftliche Debatte (S. 12) ■ P. Weiß: Rente mit 67 – Was bedeutet das? (S. 13–14) ■ I. Fischbach: Christliches Menschenbild ist unser Fundament (S. 15–17) ■ Parlamentskreis Mittelstand: Fuchs zum neuen Vorsitzenden gewählt (S. 15) ■ P. Mißfelder: Versorgungssicherheit durch Energiemix (S. 16) ■ W. Börsnen: Keine Hass-Filme in die Kinos (S. 17 - 18) ■ J. Singhammer: Moderne Familienpolitik heißt Wahlfreiheit (S. 18) ■ G. Brunnhuber: Thema Bahn: Rückkehr zu mehr Sachlichkeit (S. 18 - 19) ■ K. Reiche und Ilse Aigner: Diskussion zum Bildungssystem versachlichen (S. 19) ■ „Konrad-Adenauer-Preis 2006“ für Bundeskanzler a. D. Helmut Kohl (S. 20)




Foto: Laurence Chaperon

► Gerechtigkeit – zu stellen. „Wenn das nicht mehr da ist, gibt es keinen nationalen Zusammenhalt“, betonte die Bundeskanzlerin. „Wir müssen ein Land bleiben, in dem Solidarität gelebt wird ohne die Frage nach dem materiellen Vorteil“, mahnte Merkel. „Diese Fähigkeit zur Solidarität ist vielleicht eine der wichtigsten patriotischen Fähigkeiten.“ Sie kritisierte, dass die Lobby der Arbeitnehmer viel stärker sei als die Lobby der Erwerbslosen und wandte sich direkt an die Gewerkschaften: „Konsens ist kein Wert an sich, wenn es um Arbeitsplätze geht.“ An die Wirtschaft gerichtet betonte sie, die Soziale Marktwirtschaft könne nur überleben, wenn die Balance zwischen Unternehmensgewinnen und Arbeitsplatzsicherheit gewahrt sei. Ziel der Programmdebatte müsse ein Konzept sein, das den Fortbestand der Sozialen Marktwirtschaft in einem globali-

sierten Rahmen sichere. Dazu gehöre eine Ordnungspolitik, die freiheitliche Grundwerte hochhalte und einen Rahmen vorgebe, etwa zum weltweiten Schutz geistigen Eigentums. Hier könne Deutschland Vorreiter sein.

Vor den mehr als 1.000 Gästen und Parteitagsdelegierten hob Angela Merkel außerdem den Freiheitsbegriff und das christliche Menschenbild als Basis des Grundsatzprogramms hervor. Die CDU trete für eine verantwortungsvolle Freiheit ein, in der die individuellen Unterschiede zwischen den Menschen besondere Bedeutung hätten. Es sei mit Sicherheit nicht von Gott gewollt, „Menschen gleich zu machen durch politisches Handeln“. Außerdem werde sich die Programmarbeit auch auf die Familienpolitik, den Bereich der Sozialsysteme, Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Zuwanderung wie auch die Sicherheitspolitik

erstrecken. „Wir werden bewahren, was sich bewährt hat.“ Es sei aber auch festzustellen, dass das Grundsatzprogramm von 1994 auf eine ganze Reihe von aktuellen Fragen keine schlüssigen Antworten mehr gibt.

Die Vorsitzende kündigte an, dass eine Grundsatz-Parteikommission unmittelbar nach ihrer Konstituierung im April ihre Arbeit aufnehmen werde. Erste Ergebnisse sollen dann auf fünf Regionalkonferenzen im April und Mai mit der Partei diskutiert werden. Auf dem Parteitag im November in Dresden erfolge ein Zwischenbericht und ein Jahr darauf solle das neue Programm beschlossen werden.

Wahl des Generalsekretärs

Neben dem Start in die Programmdebatte stand ein weiterer wichtiger Punkt auf der Tagesordnung: die Wahl des Generalsekretärs. Mit 97,4 Prozent wurde Ronald Pofalla offiziell zum neuen Generalsekretär gewählt. Der Vorsitzende des Bezirks Niederrhein war von der Bundeskanzlerin und Parteivorsitzenden Angela Merkel für dieses Amt vorgeschlagen worden und folgt auf Volker Kauder, der nach der



Christoph Böhr bei seiner Rede

Bundestagswahl den Vorsitz der Bundestagsfraktion übernommen hat.

Vier Wahlen – vier Siege

In seiner Rede kündigte Ronald Pofalla an, dass er neben der Unterstützung der Arbeit der Bundesregierung seine Hauptaufgabe in der Schärfung des Profils der Partei sehe. In der CDU seien das christliche Menschenbild und der Bezug zu Gott elementare Grundüberzeugungen – bei der SPD findet sich davon kein Wort, betonte der neue Generalsekretär. „Es muss deutlich werden, wo wir uns von den Sozialdemokraten und den anderen Parteien unterscheiden“, so der Generalsekretär. Deshalb werde die CDU „in manchem Streit deutlich machen, warum wir zu anderen Ergebnissen

kommen als die SPD“. Wenn die Regierung erfolgreich arbeite, würden die Menschen neue Chancen erhalten, die sie in den sieben Jahren der Vorgängerregierung nicht gehabt hätten, zeigte sich Pofalla überzeugt. Mit Blick auf die vier anstehenden Wahlen, der Kommunalwahl in Hessen und den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz sei das Ziel klar: Vier Wahlen, vier Siege für die CDU!

Christliches Menschenbild

Der stellvertretende CDU-Vorsitzende und Vorsitzende der CDU-Wertekommission, Christoph Böhr, erklärte, wenn man das christliche Menschenbild zu Grunde lege, sei es beispielsweise keine hinlängliche Antwort, einen Langzeitarbeitslosen auf Hartz IV und die Übernahme eines Ehrenamtes zu verweisen. Man müsse vielmehr nach Wegen suchen, Arbeitslose wieder in das Erwerbsleben zurückzuführen. Aus dem christlichen Menschenbild folge das Bild einer Gesellschaft, in der jeder das Gefühl haben solle, dass er gebraucht werde und nicht überflüssig sei.

Wir handeln.

Vom 1. bis 8. März wird die CDU Deutschlands eine Bilanz der ersten hundert Tage der Großen Koalition ziehen. Im Rahmen einer Aktionswoche sollen die guten Ergebnisse und die weitergehenden Pläne und Vorhaben der CDU durch Veranstaltungen und Informationen den Bürgerinnen und Bürgern präsentiert werden.

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat dazu eine Reihe von Materialien erarbeitet, die den Verbänden für erfolgreiche Veranstaltungen und Aktionen im Rahmen der Aktionswoche zur Verfügung stehen.

■ Aktionszeitung

Die CDU gibt zur Aktionswoche eine Aktionszeitung heraus. Neben einem Interview mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, Statements zur 100 Tage Bilanz und zahlreichen weiteren Informationen werden in dieser Zeitung auch noch einmal die wichtigsten Beschlüsse und Vorhaben der Großen Koalition aufgelistet.

Bestellen kann die Zeitung jeder. Die Bestelldaten finden Sie auf den Schlussseiten dieses UiD.



■ Flugblätter

Im CDUNet sind auch zu dieser Aktionswoche wieder aktuelle Flugblätter eingestellt. Unter www.cdunet.de stehen, neben dem Bilanz-Flugblatt „Der Anfang stimmt.“, ergänzend Themen-Flugblätter zum 25-Milliarden-Euro-Wachstumspaket, zur Familienförderung sowie zur Föderalismusreform und zur Außenpolitik bereit.

■ Hintergrundinfos

Daneben wird eine Liste der wichtigsten bisherigen Beschlüsse bereitgestellt, die über die knappe Darstellung der Flugblätter hinausgeht. Die Liste bietet eine gute Grundlage für weiterführende Diskussionen mit interessierten Bürgern und hilft bei der Vorbereitung von Veranstaltungen zur Aktionswoche.

■ Wandzeitung

Auch eine Wandzeitung ist extra für die 100-Tage-Bi-

lanz erstellt worden. Alle Kreisverbände, die die Wandzeitung abonniert haben, haben entsprechende Exemplare zugesandt bekommen. Wer darüber hinaus Interesse hat, kann die Wandzeitung bestellen. Auch die Bestelldaten hierzu finden Sie auf den Schlussseiten dieses UiD.

■ Aktionsvorschläge

Im CDUNet sind seit einigen Wochen Vorschläge für mögliche Aktionen im Rahmen der Aktionswoche eingestellt. Diese Aktionen sind zwar für die Bilanz-Woche gedacht, lassen sich aber auch in den folgenden Wochen noch themenbezogen organisieren und durchführen.

■ Aktuelle Angebote und Aktionen

Neben den Angeboten an die Verbände wird es einige begleitende Aktionen geben. Unter anderem wird unser Generalsekretär Ronald Poffalla am 1. März eine Pressekonferenz zur CDU-Bilanz der ersten 100 Tage und der Aktionswoche „Wir handeln.“ abhalten.

Aktuelle Informationen sowie alles rund um die Aktionswoche finden sie im CDUNet unter www.cdunet.de.

Deutschland bewegt sich!

Noch nicht einmal 100 Tage nach Beginn der Großen Koalition können wir sagen: Deutschland bewegt sich! Bund, Länder und Kommunen, aber auch beide großen politischen Lager habenden Knoten durchschlagen. Die Föderalismusreform ist gelungen. Die Strukturen in Deutschland werden überschaubarer und klarer. Das nutzt Bürgern und Unternehmen, und es schafft auch die Grundlage für einen Wettbewerb zwischen den Bundesländern.

Die Große Koalition handelt. Sie hat die Voraussetzung dafür geschaffen, dass die größte Strukturreform seit der Deutschen Einheit endlich verwirklicht werden kann. Anderthalb Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung poliert die neue Bundesregierung unter Führung von Angela Merkel mit der Föderalismusreform die Stärken unseres Landes auf.

Die CDU ist stets für einen starken und handlungsfähigen Föderalismus eingetreten. Wir wollen ein starkes Deutschland und zugleich handlungsfähige Länder mit eigenverantwortlich zu gestaltenden Handlungsspielräumen. Die jetzt gefundenen Ergebnisse wer-



Ronald Pofalla, CDU-Generalsekretär

den die Vorzüge des Föderalismus stärken und seine Nachteile mindern oder beseitigen.

Die Reform bringt mehr Klarheit bei der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern, straffere Entscheidungsprozesse und macht unseren Bundesstaat europatauglicher. Die Menschen in unserem Land werden künftig leichter nachvollziehen können, wer für welche Aufgabe zuständig und politisch verantwortlich ist.

Die Klärung der letzten offenen Punkte zwischen Bund und Ländern war die erfolgreiche Fortsetzung der Vereinbarungen im Koalitionsvertrag. Dort hatte die Union deutlich hervorgehoben, welch hohen Stellenwert sie dieser Reform für den Erfolg der Regierungspolitik insgesamt beimisst. Ge-

rade an diesem Beispiel zeigt sich besonders anschaulich, dass das Zusammenwirken der großen Volksparteien in einer Großen Koalition ein Vorteil für unser Land ist. Deutschland wird dadurch auch im internationalen Modernisierungswettbewerb handlungsfähiger.

Mein Dank gilt aber auch der FDP, die in Bund und Ländern konstruktiv am Gelingen der Reform mitgearbeitet hat. Ich gehe davon aus, dass das Reform-Paket in Bundestag und Bundesrat mit breiter Mehrheit Zustimmung findet. Dann wird eine entscheidende Bremse für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland gelöst sein.

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat für Ihre Arbeit vor Ort zu diesem Thema Materialien erstellt. Diese stehen im CDU-Mitgliedernetz unter www.cdunet.de zum Download bereit:

- Flugblatt „Mehr Klarheit, mehr Geschwindigkeit“
- Hintergrundpapier „Die Föderalismusreform – Fakten und Hintergründe“



Durchbruch bei der Föderalismusreform

Mit der Föderalismusreform haben sich Bund und Länder auf die Umsetzung der bedeutendsten Verfassungsreform in der Geschichte des Grundgesetzes geeinigt.

Die politische Einigung auf die Föderalismusreform ist ein großer Erfolg und ein Beweis für die Reformfähigkeit der Großen Koalition. Mit der Entflechtung der Zuständigkeiten von Bund und Ländern wird die Handlungsfähigkeit unseres Staates erheblich gestärkt. Statt Verhinderungskompetenzen gibt es nun Gestaltungskompetenzen und alle Seiten profitieren davon: Der Bund kann beispielsweise



Norbert Röttgen, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion

ein einheitliches Umweltgesetzbuch erlassen und erhält neue Kompetenzen im Bereich der Abwehr terroristischer Gefahren. Die Länder gewinnen an Gestaltungsmöglichkeiten insbesondere im Bereich der Verwaltungsverfahren und in

der Hochschulpolitik. Die Kommunen profitieren, weil die direkte Aufgabenzuweisung durch den Bund an die Kommunen ausgeschlossen wird. Aber die größten Gewinner sind die Bürgerinnen und Bürger: Durch die genauere Zuweisung der Verantwortlichkeiten, durch mehr Transparenz und Klarheit können sie besser verstehen, wer für was zuständig ist und so politische Entscheidungen besser zuordnen und bewerten. Das Gesetzgebungsverfahren beginnt am 10. März parallel in Bundestag und Bundesrat und kann so noch vor der Sommerpause abgeschlossen sein.

KOMMUNEN BEGRÜßEN EINIGUNG ZUR FÖDERALISMUSREFORM

Mit der raschen Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Föderalismusreform stellt die unionsgeführte Bundesregierung ihre Handlungsfähigkeit souverän unter Beweis.

Das Reformpaket wird nicht neu aufgeschnürt oder auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben. Bund und Ländervertreter haben letzte Differenzen ausgeräumt und sich auf eine rasche Um-

setzung der Föderalismusreform geeinigt.

Unsere Städte, Gemeinden und Landkreise sind die unbestrittenen Gewinner des Reformprojekts, mit dem die Durchsetzung des Grundsatzes „wer bestellt – bezahlt“ gelingt. Schließlich wird im Rahmen der Reform eine direkte Aufgabenzuweisung an die Kommunen in



Peter Götz, kommunalpolitischer Fraktionsprecher

Bundesgesetzen sowohl bei der Landesverwaltung der Bundesgesetze, als auch bei der Bundesauftragsverwaltung ausgeschlossen.

Die Kommunen begrüßen die Verfassungsreform, die unser Staatswesen wieder transparenter macht und von der letztlich alle Seiten profitieren werden.

„Signal für mehr Wettbewerb“

Als ein „Signal für mehr Wettbewerb, mehr Subsidiarität und mehr Gestaltungsfreiheit in Deutschland“ wertete der baden-württembergische Ministerpräsident Günther H. Oettinger die erzielte Einigung zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung.

Die Reform verbessert aus Sicht des baden-württembergischen Ministerpräsidenten die Gestaltungskraft aller staatlichen Ebenen. Gewinner seien der Bund, dessen Gesetzgebung künftig nur noch in rund der



Günther H. Oettinger,
Ministerpräsident Baden-Württemberg

Hälfte der bisherigen Fälle der Zustimmung des Bundesrats bedarf, die Länder und ihre Landtage, die in ihren Gesetzgebungsrechten gestärkt und durch Ab-

schaffung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen in ihrer Mittelverwendung freier werden, und die Kommunen, die dem unmittelbaren Zugriff und finanzwirksamen Durchgriff des Bundes künftig entzogen sind. „Gewinner sind damit letztlich aber alle Menschen in Deutschland, weil die staatliche Entscheidungsfindung schneller, die Zuordnung politischer Verantwortung leichter und der Rahmen parlamentarischer Willensbildung transparenter wird“, unterstrich Ministerpräsident Oettinger.

BÖHR: WICHTIGER SCHRITT IN DIE RICHTIGE RICHTUNG

Alseinen „wichtigen Schritt in die richtige Richtung“ hat der rheinland-pfälzische Landes- und Fraktionsvorsitzende, Christoph Böhr, die Einigung der Regierungskoalition und der Bundesländer auf eine Reform der bundesstaatlichen Ordnung bezeichnet.

Es sei gelungen, in vielen Bereichen Gesetzgebungskompetenzen und Verantwortlichkeiten von Bund und Ländern klarer getrennt und überschaubarer zuzuordnen. Die Länder seien

nun in viel größerem Umfang allein für wichtige Gesetzgebungsbereiche zuständig. Dafür verringere sich die Zahl der Gesetze, die der Zustimmung des Bundesrates bedürfen.

Christoph Böhr: „Unser Staat gewinnt an Handlungsfähigkeit und Durchschaubarkeit für die Bürgerinnen und Bürger. Die Länderparlamente werden durch mehr Gesetzgebungsaufgaben aufgewer-



Christoph Böhr

tet. Die Einigung an sich ist ein ermutigendes Zeichen dafür, dass Staat und Politik in Deutschland bereit und fähig sind, sich den Herausforderungen der Zeit zu stellen.“

Die Reform des Föderalismus sei damit allerdings nicht zu Ende. Sie müsse in den kommenden Jahren mit einer Reform der Finanzverfassung Deutschlands fortgesetzt werden, erklärte Christoph Böhr.

Sachsen-Anhalt

Neue Homepage online

Der sachsen-anhaltinische Landesverband präsentiert sich mit einer neu gestalteten Homepage im Internet.

Unter www.cdulsa.de sind, gestaltet in der neuen Werbelinie der CDU, aktuelle Informationen aus dem Leben der mitgliederstärksten Partei in Sachsen-Anhalt zu finden. Landesvorsitzender Thomas Webel bezeichnet den neugestalteten Internet-Auftritt als wesentlichen Teil der Informationsoffensive zur Landtagswahl: „Wer sich auf www.cdulsa.de einklickt, der ist online auf dem richtigen Weg.“ Ab sofort auf [isa.de zu finden: Deutschlands erstes Audio-Wahlprogramm zum Anklicken und Hören sowie zum Downloaden als MP3-Files. Unterhaltsam aufbereitet und in elf Themenschwerpunkte unterteilt sind die Bilanz der laufenden Legislaturperiode sowie die Vorhaben der CDU für die kommende Regierungszeit zu hören. Hinzu kommt ein Vorwort von Ministerpräsident Wolfgang Böhmer. Das Regierungspro-](http://www.cdu</p>
</div>
<div data-bbox=)



gramm der CDU in der konventionellen Schriftform – unterteilt in eine lesefreundliche Kurz- und Langfassung – hält die Homepage ebenfalls bereit. Hinzu kommen aktuelle Informationen über Termine und Aktionen sowie aus der Arbeit des Landesverbandes und seiner Gremien.

NIEDERSACHSEN: SICHERHEIT DER KÜSTE GEWAHRT

Niedersachsen hält an dem im September vergangenen Jahres zwischen Bund und Küstenländern vereinbarten Maritimen Sicherheitszentrum (MSZ) in Cuxhaven fest.

Ein Antrag der Grünen auf Einrichtung einer nationalen Küstenwache erhielt im Unterausschuss Häfen und Schifffahrt keine Mehrheit. In diesem Zusammenhang wies der Vorsitzende dieses Unterausschusses, Wolfgang Ontijd, den Vorwurf der Grünen zurück, der

die Ernsthaftigkeit der Antragsbehandlung durch die übrigen Fraktionen öffentlich angezweifelt hatte.

„Eine Mammutbehörde mit großem Verwaltungsapparat und nicht durchsichtigen Organisationsstrukturen, wie sie die Grünen fordern, ist nicht zeitgemäß. Es kommt viel mehr darauf an, Synergien im Bereich der Küstensicherheit zu nutzen und Effizienzsteigerung zu erzielen. Außerdem ist eine allzuständige Sicherheitsbehörde gerade in Zeiten

der Deregulierung und Entbürokratisierung fehl am Platze“ machte Ontijd deutlich. „Ich bin der Überzeugung, dass mit dem Maritimen Sicherheitszentrum eine zukunftsfähige Organisation für die Sicherheit in Deutschland auf Nord- und Ostsee geschaffen wurde. Die Aufgaben, Kompetenzen und Funktionen – gebündelt unter einem Dach in Cuxhaven – gehen über die im europäischen Vergleich bestehenden Küstenwachen weit hinaus.

Hessen

Vorschriftenschungel gelichtet

Um die Gesetze und Vorschriften des Landes für die Bürgerinnen und Bürger Hessens überschaubarer und die notwendige Entbürokratisierung weiter voran zu treiben, unterzieht die Hessische Landesregierung den landesweiten Vorschriftenbestand einer erneuten Überprüfung.

In einem ersten Schritt haben die Ministerien Gesetze benannt, die abgeschafft oder mit anderen Vorschriften zusammengelegt werden können. „Wir haben unseren ‚Vorschriftenschungel‘ ein zweites Mal mit großem Erfolg durchforstet und rund 13 Prozent der Gesetze auf die Streichliste gesetzt“, erklärte Ministerpräsident Roland Koch. Er kündigte an, jeweils weitere zehn Prozent der Verwaltungsvorschriften und Rechtsverordnungen abschaffen zu wollen. Ziel der zweiten Runde des hessischen „Vorschriften-TÜVs“ ist es, weitere 10 bis 15 Prozent der Gesetze, Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften abzubauen. Nach der ersten und damals bundesweit einmaligen Überprüfung des gesamten Vorschriftenbestandes in den Jahren 1999 und 2000 hatte die Hes-



Roland Koch, Ministerpräsident Hessens

sische Landesregierung 39 Prozent der Verwaltungsvorschriften und 15 Prozent der Rechtsverordnungen außer Kraft gesetzt. Der Vorschriftenbestand der Ministerien verringerte sich dadurch um insgesamt 3.500 Vorschriften. In den nachgeordneten Behörden konnten mehr als 1.400 allgemeine Verfügungen gestrichen werden.

Von den insgesamt 39 Gesetzen, die die Landesregierung auf die Streichliste gesetzt hat, seien zwei bereits mit Ablauf des Jahres 2005 außer Kraft getreten – ein erster sichtbarer Erfolg der 2001 in Hessen eingeführten generellen Befristung von Gesetzen und Rechtsverordnungen, berichtete Koch.

Hierunter falle das Gesetz zur Bekämpfung der Zweckentfremdung von Wohnraum

und das Tierseuchenkassenüberleitungsgesetz. „Beide Gesetze sind mit Ablauf des Jahres 2005 ohne weiteren Aufhebungsakt außer Kraft getreten. Dies ist eine enorme Arbeitserleichterung für die Verwaltung und das Parlament und überdies ein großer Gewinn an Übersichtlichkeit über unseren Vorschriftenbestand für die Bürger“, betonte Koch. Die übrigen 37 Gesetze sollen in Kürze in einem Sammelgesetz aufgehoben werden. Darüber hinaus würden weitere zehn Gesetze mit Vorschriften aus anderen Rechtsgebieten zusammengefasst.

Auf diesem Ergebnis werde sich die Landesregierung jedoch nicht ausruhen. „Wegen der Vorgaben des Bundes- und Europarechts droht der Vorschriftenschungel aber wieder zu wachsen. Die Landesregierung wird daher ständig bestrebt sein, zumindest den Anteil der landesrechtlichen Vorschriften für den Bürger überschaubar zu halten und diese auch regelmäßig auf den Prüfstand stellen. Denn Bürokratieabbau ist ein permanenter Prozess, der stetig und mit Nachdruck betrieben werden muss“, unterstrich Koch.

Nuklearprogramm des Iran

Lösung auf dem Verhandlungsweg!

Die Auseinandersetzung um das Nuklearprogramm des Iran wirft Fragen auf, mit denen wir uns in der Außenpolitik in den nächsten Jahrzehnten auseinandersetzen müssen: Wie verhindern wir die Verbreitung von Nuklearwaffen, wie setzen wir internationales Recht durch und wie unterstützen wir die Modernisierung der Gesellschaften im Nahen und Mittleren Osten?

Im Jahr 2002 ist aufgedeckt worden, dass der Iran in Natans ein geheimes Programm zur Urananreicherung betreibt. Damit hat das iranische Nuklearprogramm eine neue Dimension bekommen, denn die Anreicherungstechnik ermöglicht auch, Nuklearwaffen herzustellen. Deshalb ist nach den Regeln des Nichtverbreitungsvertrages (NVV) und der IAEO jeder NVV-Vertragsstaat verpflichtet, solche Programme zu melden und der Inspektion zu unterwerfen. Dieser und anderen aus dem NVV erwachsenen Pflichten ist der Iran nicht nachgekommen.

Der Iran behauptet, dass sein Programm ausschließlich friedlichen Zwecken



Eckart von Klæden, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Auswärtiges der Bundestagsfraktion

diene; für die meisten Iraner ist es ein nationales Prestigeobjekt. Die internationale Gemeinschaft billigt ausnahmslos dem Iran das Recht auf friedliche Nutzung der Kernenergie zu. Ebenso ist sie sich einig, dass der Iran weder über Nuklearwaffen noch über die Fähigkeit verfügen darf, diese herzustellen. Dies würde den Nahen und Mittleren Osten weiter destabilisieren sowie andere Staaten provozieren, mit Nuklearwaffen gleichzuziehen, und den NVV in Frage stellen. Nachdem der iranische Präsident Ahmadinedschad das Existenzrecht Israels und den Holocaust gelehugnet hat, ist das Ziel umso dringlicher.

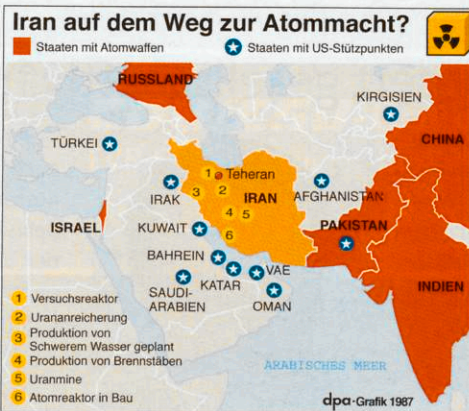
Die Zweifel auch der IAEO an der friedlichen Absicht des

Iran bleiben groß. Erdrückende Indizien sprechen gegen den Iran: ■ Unter anderem treibt der Iran ein eigenes umfangreiches, kostspieliges Raketenprogramm voran, das militärisch nur Sinn macht, wenn die Raketen mit atomaren Sprengköpfen versehen werden. ■ Der Iran hat Kontakte zu internationalen illegalen Netzwerken, die u.a. Nordkorea geholfen haben, ein militärisches Nuklearprogramm zu entwickeln. ■ Schließlich gibt es auf Jahre hinaus im Iran kein funktionierendes Kernkraftwerk, wofür die Herstellung von Brennelementen beherrscht werden müsste.

Seit 2002 haben IAEO-Inspektionen und intensive Verhandlungen mit dem Iran stattgefunden, um das Vertrauen in ein rein ziviles Nuklearprogramm des Iran herzustellen. Die E-3 (Großbritannien, Frankreich und Deutschland) haben auf der Basis des Pariser Abkommens vom 15. 11. 2004 – in dem sich der Iran verpflichtet hatte, für den Verlauf der gemeinsamen Verhandlungen weitere Urananreicherung zu unterlassen – im August 2005 dem Iran ein umfangreiches Angebot unterbrei-

tet, einschließlich der Zusage, zukünftige iranische Kraftwerke mit Brennstoff zu versorgen. Als Gegenleistung sollte der Iran auf die Fähigkeit zur Urananreicherung verzichten. Der Iran hat das Angebot schroff zurückgewiesen und das Pariser Abkommen durch Wiedereröffnung seiner Nuklearanlagen in Isfahan im August und Natans im Dezember 2005 gebrochen. Nunmehr hat Russland dem Iran vorgeschlagen, die Urananreicherung in einem Joint Venture auf russischem Boden durchzuführen, was die Entstehung waffenfähigen Urans unterbinden würde. Bislang beharrt der Iran jedoch darauf, die Urananreicherung im eigenen Land betreiben zu können.

Wegen des Bruchs des Pariser Abkommens sowie der Weigerung des Iran, vollständig mit der IAEA zusammenzuarbeiten, hat die IAEA am 4. 2. unter Zustimmung von Russland, China und Indien mit großer Mehrheit beschlossenen, dem VN-Sicherheitsrat über das Iran-Dossier zu berichten. Dies ist ein beeindruckendes Signal. Erst im März wird sich der



VN-SR mit dem Vorgang befassen und voraussichtlich eine Erklärung seines Präsidenten verabschieden, in der der IAEA der Rücken gestärkt wird. Von Resolutionen oder Sanktionen gegen den Iran ist im Augenblick nicht die Rede.

Ziel bleibt – wie es auch im Koalitionsvertrag steht – „eine Lösung auf dem Verhandlungswege“. Der Iran darf nicht in den Besitz von Nuklearwaffen kommen und muss auf die Urananreicherung verzichten. Dem Iran steht der Weg zu weiteren Verhandlungen auch mit den E-3 offen. Voraussetzung auch für Russland ist jedoch, dass der Iran gemäß dem Pariser Abkommen sein Anreicherungsprogramm wieder aussetzt.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat betont, dass noch viel Raum für Diplomatie be-

steht. Entscheidend wird sein, dass die internationale Gemeinschaft weiterhin geschlossen auftritt. Der Iran reagiert letztlich doch auf Druck, weshalb er das russische Angebot nicht völlig ausgeschlagen hat. Die Frage des Einsatzes militärischer Mittel steht

nicht auf der Tagesordnung. Wer dennoch diese Frage voreilig beantwortet, tut dies aus rein innenpolitischen Erwägungen. Es ist unklug, hypothetisch Optionen auszuschließen, denn dies schwächte die Verhandlungsposition der internationalen Gemeinschaft. Der Iran nutzt jedes Anzeichen von Uneinigkeit. Nicht zuletzt Friedensnobelpreisträger El Baradei, IAEA-Generaldirektor, hat am 23. 01. gesagt: „Diplomatie ist nicht nur Reden. Diplomatie braucht auch Druckmittel und, in extremen Fällen, Gewalt“. Es ist daher genauso falsch mit militärischen Mitteln zu drohen, wie sie jetzt auszuschließen. Der Schlüssel für eine Lösung dürfte in Moskau liegen, denn Russland könnte im Augenblick das Land sein, das am meisten Einfluss auf den Iran ausüben kann.

„Gemeinsame Leitkultur“

Laschet fordert gesellschaftliche Debatte

Der nordrhein-westfälische Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration, Armin Laschet, hat eine breite gesellschaftliche Debatte über eine „gemeinsame Leitkultur“ in Deutschland gefordert.

„Was hält unsere Gesellschaft zusammen?“, fragt Laschet. Mit Blick auf den Karikaturenstreit, der die Welt wochenlang in Atem hielt, hebt der Minister hervor: „Unsere gemeinsame Leitkultur sollte eine Kultur der Anerkennung und des Respekts vor dem Andersdenkenden sein.“

Eine „gemeinsame Leitkultur“, so Laschet weiter, erlaube durchaus kulturelle Unterschiede und ermögliche jedem Zuwanderer die Pflege seiner Herkunftskultur. Deshalb sollten sich Deutsche und Zuwanderer gleichermaßen an der Diskussion beteiligen. „Um eine solche gemeinsame Leitkultur müsse man streiten – in den Familien, Vereinen und Parteien“, betont der Minister. Die Verständigung auf einen Werte-Konsens bedeute aber, dass dieser zur verbindlichen Grundlage des menschlichen Zusammenlebens werde. „Für diese Wertebasis müssten wir alle ein-



Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration Nordrhein-Westfalen

stehen, gleichgültig, wo wir oder unsere Eltern geboren wurden.“

Worauf aber kann die „gemeinsame Leitkultur“ fußen? Ein Blick ins Grundgesetz zeigt die Grundlagen auf. Laschet: „In unserer Verfassung stehen alle wichtigen Regeln für ein friedliches Zusammenleben. Aber auch wir Deutsche können viel von den Zuwanderern lernen, zum Beispiel die Geborgenheit und den Zusammenhalt, den sie in der Familie finden. So sind die Wertschätzung der Familie, Kinderfreundlichkeit und der Respekt der Generationen voreinander Werte, die fest in unserer Gesellschaft verankert sein sollten – unabhängig von der Religionszugehörigkeit des Einzelnen.“

Der Minister weiß aber auch, dass Anerkennung, Menschenwürde, der respektvolle Umgang miteinander und Gleichberechtigung nicht verordnet werden können. Werte müssen gelebt werden. Grundvoraussetzung dafür sei, so Laschet, die Pflege einer gemeinsamen Sprache. „Für die Integration ist es von entscheidender Bedeutung, dass alle Bürger Deutsch verstehen und sprechen können. Das gilt vor allem für Kinder und Jugendliche. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen geeignete Rahmenbedingungen geschaffen werden. Eine Aufgabe, der sich die Politik stellen muss.“

Tatsächlich geht die von Christdemokraten geführte Landesregierung in Nordrhein-Westfalen mit gutem Beispiel voran. Im vergangenen Jahr bereits, unmittelbar nach dem Regierungswechsel in Düsseldorf, wurden die Mittel für die frühkindliche Sprachförderung kräftig erhöht. So konnte insgesamt 20.000 Kindergartenkindern eine gezielte Sprachförderung angeboten werden. Laschet: „Je früher man sprachlichen Defiziten entgegenwirkt, desto besser ist es für die Entwicklung des Kindes.“

Peter Weiß

Rente mit 67 – Was bedeutet das?

Im Koalitionsvertrag haben CDU/CSU und SPD vereinbart, das gesetzliche Renteneintrittsalter ab 2012 langfristig und schrittweise auf 67 Jahre anzuheben. Der Koalitionsvertrag legt fest, dass diese Anhebung für den ersten Jahrgang bis spätestens 2035 vollständig abgeschlossen sein soll.

Bundesarbeitsminister Müntefering hat dem Bundeskabinett Eckpunkte vorgeschlagen, wonach die Regelaltersgrenze 67 früher erreicht werden soll (siehe Tabelle auf Seite 14).

Die Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre hat langfristig zwei entlastende Effekte für die gesetzliche Rentenversicherung:

1. **Die Versicherten zahlen länger Beiträge und beziehen zwei Jahre weniger Rente.**
2. **Versicherte, die vor Erreichen der Altersgrenze 67 in Rente gehen, nehmen Rentenabschläge in Kauf.**

Unterm Strich bleibt folgender Effekt: Der Beitragsatz zur gesetzlichen Rentenversicherung wird durch die Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre im



Peter Weiß, Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Alterssicherung und stellvertretender Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der Bundestagsfraktion

Jahr 2030 um 0,5 Prozentpunkte niedriger sein als ohne diese Reform.

Demografie zwingt zum Handeln

Vor allem demografische Gründe rechtfertigen die „Rente mit 67“:

1. Die Lebenserwartung von Neurentnern steigt

Die durchschnittliche Lebenserwartung 65-Jähriger (alte Bundesländer) hat zwischen 1970 und 1999 um 26,5 Prozent auf 19,2 Jahre bei Frauen bzw. um 28,4 Prozent auf 15,49 Jahre bei Männern zugenommen. Damit erhalten die heutigen Rentner im Durchschnitt deutlich länger Leistungen der Ren-

tenversicherung als die Ruheständler vor 30 Jahren. Nach Schätzungen wird die durchschnittliche Lebenserwartung 65-Jähriger im Jahr 2030 für Frauen 22,6 Jahre und für Männer 18,4 Jahre erreichen.

2. Das Renteneintrittsalter geht schon heute nach oben

Das durchschnittliche faktische Zugangsalter steigt seit 1999 bundesweit und geschlechterübergreifend wieder an und liegt in den alten Bundesländern bei 63,4 Jahren (Frauen) bzw. 63,3 Jahren (Männer) und in den neuen Bundesländern bei 61,2 Jahren (Frauen) bzw. 62,2 Jahren (Männer). Die Trendwende ist damit schon vollzogen.

3. Das Verhältnis von Erwerbstätigen und Rentnern würde sich verbessern

Bleibt es beim Renteneintrittsalter 65, würden im Jahr 2030 100 Menschen im Rentenalter 211 Menschen im Erwerbsalter gegenüberstehen. Bei einem Rentenalter von 67 wäre das Verhältnis mit 100:255 deutlich günstiger.

In der Koalitionsvereinbarung wurde festgelegt, dass Versicherte, die mindestens 45 Pflichtbeitragsjahre aus

Beschäftigung, Kindererziehung und Pflege erreicht haben, ungeachtet der erhöhten Regelaltersgrenze weiter mit 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen können. Diese Regelung gilt in der Bevölkerung als wichtige Gerechtigkeitsfrage. Denn von allen Renterinnen und Rentnern hatten am 31. 12. 2004 mehr als 45 Versicherungsjahre erreicht: 39,8 % der Männer in den alten Bundesländern; 60,3% der Männer in den neuen Bundesländern; 3,7 % der Frauen in den alten Bundesländern; 11,2 % der Frauen in den neuen Bundesländern.

Beschäftigungschancen für Ältere verbessern

Die Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre ist politisch vertretbar, wenn flankierend weitere Zusagen aus dem Koalitionsvertrag realisiert werden:

Die Beschäftigungschancen älterer Arbeitnehmer müssen sich deutlich verbessern. Die Erhöhung des Renteneintrittsalters ist ohne ein konsequentes Konzept zur Integration Älterer in den Arbeitsmarkt nicht sachgerecht und würde im Ergebnis zu einer Rentenkürzung für viele Jahrgänge führen. Die Beschäftigungsquote der 55-

bis 64-Jährigen in Deutschland betrug 2004 nur 41,8 Prozent und liegt damit deutlich unter den Vergleichswerten der skandinavischen Länder oder Großbritanniens.

Zweitens muss die private Altersvorsorge attraktiver werden. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Einbeziehung des Wohneigentums in die Förderung der privaten Altersvorsorge ist dazu ein wichtiger Schritt, der dazu führen wird, dass endlich deutlich mehr Menschen als bisher die private Altersvorsorge nutzen.

Ebenso wird die von der Koalition vorgesehene Erhöhung des Förderbetrags für Kinder, die ab dem 1. Januar 2008 geboren werden, von heute 185 auf 300 Euro gerade für Familien die Attraktivität der privaten Altersvorsorge steigern.

Die Vorschläge, eine Sonderregelung für bestimmte Berufe zu schaffen, die von der Anhebung der Regelaltersgrenze ausgenommen werden, ist abzulehnen, da sie nicht gerecht ausgestaltet werden kann und dem Solidarprinzip der Sozialversicherung widerspricht.

Anhebung der Regelaltersgrenze von 65 auf 67 Jahre

Jahr	Geburtsjahrgang	Renteneintrittsalter (Jahre + Monate)
2012	1947	65 + 1
2013	1948	65 + 2
2014	1949	65 + 3
2015	1950	65 + 4
2016	1951	65 + 5
2017	1952	65 + 6
2018	1953	65 + 7
2019	1954	65 + 8
2020	1955	65 + 9
2021	1956	65 + 10
2022	1957	65 + 11
2023	1958	65 + 12
2024	1959	65 + 14
2025	1960	65 + 16
2026	1961	65 + 18
2027	1962	65 + 20
2028	1963	65 + 22
2029	1964	65 + 24
2030	1965	67

Christliches Menschenbild ist unser Fundament

Das Bekenntnis zum christlichen Menschenbild und die daraus für uns folgenden Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität haben nichts an Aktualität und Gültigkeit eingebüßt.

Einer grundsätzlichen Diskussion, was unsere Identität als Christdemokraten ausmacht, bedarf es nicht. Es geht lediglich um die Balance der Grundwerte, die vor dem jeweiligen Zeithin-

tergrund gefunden werden muss. Jede Politikergeneration hat die Aufgabe, diese Grundwerte aufs Neue mit Leben zu füllen.

Zentral bleibt die Unantastbarkeit der menschlichen Würde, die sich in der Gottesebenbildlichkeit des Menschen begründet. Alle Menschen sind gleichwertig, unabhängig von Alter, Geschlecht, Hautfarbe, Schicht, Leistungsfähigkeit und Begabung; unabhängig davon, ob reich oder arm, behindert oder nichtbehindert, ob gesund oder krank, ob geboren oder ungeboren. Aus der Unantastbarkeit der menschli-



Ingrid Fischbach

chen Würde ergeben sich für uns natürliche Grenzen. Dieser Maßstab verpflichtet zur Absage an den menschlichen Machbarkeitswahn im Bereich der Bioethik, denn Menschen dürfen nie Mittel

PARLAMENTS-KREIS MITTELSTAND: MICHAEL FUCHS ZUM NEUEN VORSITZENDEN GEWÄHLT

Die Mitglieder des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben auf ihrer Plenarversammlung den rheinland-pfälzischen Bundestagsabgeordneten Michael Fuchs zum neuen Vorsitzenden gewählt.

„Der Parlamentskreis Mittelstand will Reformmotor der Großen Koalition sein“, erklärte der neue Vorsitzende nach seiner Wahl und betonte, dass man vor allem zur Entlastung kleiner und mittlerer Unternehmen in Deutschland beitra-

gen wolle. Michael Fuchs übernimmt das Amt von Hartmut Schauerte, der vor einigen Wochen zum Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie ernannt wurde.

Im PKM, der schon in der ersten Legislaturperiode auf Initiative Konrad Adenauers ins Leben gerufen wurde, engagieren sich fachübergreifend 131 CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete aus allen Politikfeldern für mittelstandsfreundliche



Michael Fuchs

Rahmenbedingungen und eine ordnungspolitische Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft. Das ist mehr als die Hälfte der Unionsfraktion.

Damit ist der Parlamentskreis Mittelstand auch in dieser Legislaturperiode nicht nur die größte Gruppe der CDU/CSU, sondern des gesamten Parlaments überhaupt.

Weitere Infos zum Parlamentskreis Mittelstand finden Sie auf www.cducusu.de/pkm.

zum Zweck werden. Ebenso ist die aktive Sterbehilfe eine Grenze, die wir nicht überschreiten dürfen. Gleichwohl müssen wir die Frage befriedigender beantworten, wie wir in unserer Gesellschaft ein Sterben in Würde ermöglichen und wie wir das Bewusstsein schär-

fen, dass der Tod ein Teil des Lebens ist.

In der nun angestoßenen Diskussion geht es im Schwerpunkt darum, wie wir die soziale Marktwirtschaft, die Garant für das ausgewogene Verhältnis von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ist, angesichts der

Globalisierung für uns zukunftsfest und zu einem Modell für eine gerechte Welt machen können.

Gerechtigkeit wurde in den Debatten hierzulande häufig auf die Vorstellung der Gleichheit durch Verteilungsgerechtigkeit verkürzt. Ins Zentrum unserer Überle-

VERSORGUNGSSICHERHEIT DURCH ENERGIEMIX

Energiepolitik im 21. Jahrhundert muss dem Wachstumsziel und dem Grundsatz der Bewahrung der Schöpfung verpflichtet sein.

Dabei wollen die Menschen in Deutschland keine Klientelpolitik mehr, sondern Energiepolitik mit Sinn für Realitäten. Deshalb halten wir die Forderungen der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN für nicht zielführend, die gesamte deutsche Energieversorgung innerhalb weniger Jahrzehnte auf erneuerbare Energien umzustellen, und dafür auf sämtliche fossilen Energieträger zu verzichten. Dies schadet den Verbrauchern und der Wirtschaft nachhaltig.

Mit solchen Forderungen werden aus parteitaktischen Gründen die natürlichen und ökonomischen Schranken, die einer so weitgehenden Nutzung von er-

neuerbaren Energien gesetzt sind, ignoriert. Das Bundesumweltministerium hat dazu Mitte Januar 2006 eine Studie vorgelegt, in der belegt ist, dass der Ausbau erneuerbarer Energien bei etwa 25 Prozent des Gesamtenergievolumens erschöpft sein wird. Gründe hierfür sind die natürlichen Gegebenheiten in Deutschland sowie die ökonomischen Begrenzungen, die beispielsweise der Errichtung riesiger Off-Shore-Windparks entgegenstehen.

Die Energiepolitik der Bundesregierung ist zugleich dem Wachstumsziel und dem ökologischen Grundgedanken verpflichtet. Alles, was auf diesem Gebiet zukünftig geplant ist, muss deshalb technisch und finanziell realisierbar sein. Und es muss die Akzeptanz der Menschen finden. Wir



Philipp Mißfelder

verfolgen daher vor dem Hintergrund einer wachsenden Weltbevölkerung einen konsequenten Kurs des Klimaschutzes und der

Energieforschung. Ein ausgewogener Energiemix ist dabei die Voraussetzung für Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit, und damit für niedrige Strompreise und die Bewahrung der Schöpfung. Dabei steht Deutschland im Wettbewerb mit seinen Partnern in Europa und der Welt und kann sich demzufolge keine energiepolitischen Alleingänge erlauben.

Philipp Mißfelder ist Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender der Jungen Union. Der Beitrag ist eine Zusammenfassung der „Jungfernrede“ von Philipp Mißfelder im Deutschen Bundestag.

gungen muss jedoch die Vorstellung der Beteiligungs- und Chancengerechtigkeit rücken.

Konkret heißt das: Was tun wir, um mehr Menschen wieder am Erwerbsleben zu beteiligen? Was tun wir im Bereich der Bildung, um Chancengerechtigkeit herzustellen?

Jeder Mensch ist zur Freiheit berufen. Dem Menschen wird Selbstverantwortung zugetraut. Er ist nicht allein Produkt von Vererbung und Umwelt, sondern unverwechselbar. Die Freiheit, sich für etwas zu entscheiden, ist zentral nicht die Freiheit von etwas. Für uns ist die Freiheit in Verantwortung entscheidend.

Jeder Mensch ist auf Gemeinschaft hin orientiert. Er braucht Solidarität und ist zur Solidarität verpflichtet.

Konkret heißt das: Was tun wir, um die Selbstverantwortung des Einzelnen zu stärken, damit gesellschaftliche Solidarität möglich wird? Wie sichern wir unsere Sozialsysteme, um die Lebensrisiken für die wirklich Bedürftigen abzusichern? Was tun wir für junge Paare, damit sie sich für ein Leben mit Kindern entscheiden?

Ingrid Fischbach ist die Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften der Bundestagsfraktion.

Keine Hass-Filme in die Kinos!

Filme, die Hass säen, bei Heranwachsenden zur Rache aufrufen, gegen Glaubensgemeinschaften undifferenziert Front machen, die Werte anderer Kulturen herabsetzen und blanke Gewalt predigen, haben im Kino nichts verloren. Alle ernsthaften Filmkritiker sind der Auffassung, dass der türkische Action-Film „Tal der Wölfe“ in diese Kategorie fällt.

In diesen Tagen, in denen aus dem Streit um die Mohammed-Karikaturen ein Kampf von Glaubensfanatikern geworden ist, sollte jeder Kinobetreiber selbstverantwortlich handeln und Abstand von einem vermeintlichen Kino-Knüller nehmen. Die FSK, die Freiwillige Film-Selbstkontrolle, muss sich fragen lassen, ob hier nicht mehr pädagogische und gesellschaftliche Verantwortung und politisches Fingerzeigengefühl notwendig gewesen wäre. Diese Aufforderung an die FSK bleibt aktuell, da für März die deutschsprachige Version dieses Hass-Filmes vorgesehen ist. Falls die Rechtslage keinen Ausstieg mehr möglich macht, wäre ein solcher Film nur mit einem kritischen Begleit-



Wolfgang Börnsen

kommentar vertretbar. Mit Sorge ist die Freigabe des Filmes für Jugendliche ab 16 Jahren zu betrachten. Die ablehnende Haltung der FSK gegen eine Heraufsetzung des Mindestalters auf 18 Jahre erwartet eine öffentliche Begründung. Auch, warum man den Appell des Zentralrates der Juden gegen diesen Film nicht entsprochen hat. Nach der Rechtslage hat derzeit nur ein Bundesland über ein Appellationsverfahren noch die Möglichkeit, Berufung gegen die Altersfreigabe der FSK einzulegen.

Man kann zu diesem Zeitpunkt nur noch hoffen, dass das Gremium sich seiner Verantwortung bewusst ist. Verantwortungsbewusster wäre es jedoch, den Rache-film „Tal der Wölfe“ wie ähnliche Gewalt verherrlichende und Glauben diskriminierende Filme, ob aus Ankara oder aus Hollywood, auf Eis

zu legen, bis das Klima wieder eine wirklich kritische Auseinandersetzung mit solchen Streifen ermöglicht.

Wolfgang Börnsen ist der kultur- und medienpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion.

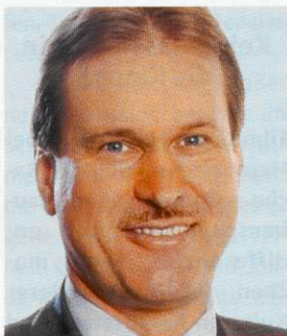


Moderne Familienpolitik heißt Wahlfreiheit

Moderne Familienpolitik muss Familien Wahlfreiheit für Lebensentwürfe eröffnen, statt finanziellen Druck auszuüben für ein Modell der Doppelverdienereinfamilie.

Es ist ein Zeichen von politischer Verzapftheit, Familien mittels staatlicher Gängelung vorschreiben zu wollen, ob sie Doppel-, Teilzeit- oder Alleinverdiener sein sollen. Deshalb darf das geplante Elterngeld nicht ausschließlich Doppelverdiener begünstigen und Alleinverdiener vernachlässigen.

Grundlagen einer zukunftsorientierten Familienpolitik sollen sein: ■ Bessere Rahmenbedingungen zu schaffen, um Familien zu mehr Kindern zu ermutigen; ■ die Vereinbarkeit von Beruf und Familie endlich voranzubringen durch passgenaue Betreuungsangebote für Kinder; ■ Familien, bei



Johannes Singhammer



Georg Brunnhuber



Thema Bahn: Rückkehr zu mehr Sachlichkeit!

Der Deutsche Bundestag steht in diesem Jahr vor einer Jahrhundertentscheidung. Bei der Frage nach der Zukunft der Bahn geht es um die letzte große Privatisierung in unserem Land.

Eine Entscheidung, die von den Abgeordneten eine sorgfältige und gründliche Abwägung aller Vor- und Nachteile erfordert. Maßgabe der notwendigen neutralen Bewertung aller Modellvarianten sollte dabei sein, welches Modell für den Bahnkunden, und damit für die Bürgerinnen und Bürger, am besten ist. Zu berücksichtigen gilt es dabei aber auch, dass die Bahn nicht nur gegenüber der Konkurrenz auf der Strasse und der Luft sondern auch im harten europäischen Wettbewerb auf der

denen sich ein Partner dauernd oder zeitweise ausschließlich der Kinderbetreuung widmet, nicht den Respekt zu versagen, sondern diese Leistung anzuerkennen, weil sie oft mit erheblichen finanziellen Einbußen verbunden ist.

Die uralte Erkenntnis, dass die Fundamente einer gesunden Persönlichkeitsentwicklung, die in den ersten drei Lebensjahren gelegt werden, wesentlich von stabilen Beziehungen abhängen, wird sowohl von Kinderärzten und Entwicklungspsychologen als auch von Hirnforschern bestätigt. Dem Wohl der Kinder entspricht daher die traditionelle Familie mit Vater und Mutter am besten, auch wenn Wirklichkeit und Idealbild nicht immer deckungsgleich sind und waren.

Johannes Singhammer ist der familienpolitische Fraktionssprecher.

Schiene bestehen muss. Die derzeit von sehr viel Emotionalität geprägte Debatte über das Bahngutachten zu den Privatisierungsvarianten ist hierbei wenig sachdienlich. Die von Bündnis90/Die Grünen entfachte öffentliche Diskussion über geschwärzte Stellen im Gutachten zur Verschleierung angeblicher Pläne der Bahn, Teile des Schienennetzes nach dem Börsengang abzuwickeln, ist kaum hilfreich. Wer als Abgeordneter objektiv über die Privatisierung entscheiden soll, braucht nicht nur den Zugang zu bisher fehlenden Informationen aus dem Gutachten, sondern vor allem auch einen an der Sache und nicht an Personen orientierten Stil im Umgang mit der Bahn. Wenn das Unternehmen die nötigen Daten nun nachliefert, sollte einer Rückkehr zur ausgewogenen Verständigung über den Börsengang nichts mehr im Wege stehen. Niemand kann ein ernsthaftes Interesse daran haben, dass es durch die aufgeheizte Diskussion zu weiteren Irritationen kommt. Der Sachverstand muss wieder die Oberhand gewinnen. Das sind wir der Tragweite dieser Entscheidung schuldig.

Georg Brunnhuber ist der Stell. verkehrspolitische Fraktionssprecher.

Diskussion zum Bildungssystem versachlichen

Das deutsche Bildungssystem ist seit der ersten PISA-Studie in Bewegung. Die Hinweise von UN-Sonderberichterstatter Munoz können angesichts der Kürze seines Besuchs nur punktuell sein. Es muss trotzdem intensiv geprüft werden, ob sich aus seiner Außenansicht neue Erkenntnisse und damit Ansätze für Verbesserungen ergeben.

Die Diskussion um seinen Besuch muss dringend versachlicht werden. Bisher ist er von interessierten Gruppen dazu benutzt worden, längst überwundene geglaubte Debatten, wie die um die Strukturierung des Schulsystems, neu anzufachen. Tatsächlich geht es aber darum, Probleme zu lösen. Die Länder sind hier besonders in der Verantwortung, da sie die Zuständigkeit für das Schulwesen haben.

Zu begrüßen ist, dass die Länder sich auf den Weg gemacht haben,

■ einheitliche Bildungsstandards zu entwickeln, die verbindlich für das

gesamte Bundesgebiet sind, ■ die Startchancen für Benachteiligte und vor allen Dingen Migrantenkinder durch systematische Sprachstandserhebungen und Sprachförderung im Vorschulalter zu verbessern.

Hessen ist hier Vorreiter mit sehr guten Ergebnissen. Über 90 Prozent der Teilnehmer an Sprachfördermaßnahmen im Vorschulalter haben die Grundvoraussetzungen für die Einschulung erreicht.

Ein wichtiger Schritt in Richtung Chancengleichheit ist die Erhöhung der Durchlässigkeit im Bildungswesen. Deshalb hat die Koalition sich vorgenommen, erfolgreichen Absolventen der beruflichen Bildung den Weg zum Hochschulstudium zu ebnen.

Katherina Reiche ist die Stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion, **Ilse Aigner** die bildungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.



Katherina Reiche



Ilse Aigner

Auszeichnung

„Konrad-Adenauer-Preis 2006“ für Bundeskanzler a.D. Helmut Kohl

Für seine Verdienste um Kreise, Städte und Gemeinden erhielt Bundeskanzler a.D. Helmut Kohl unter dem Beifall von mehr als 1400 Gästen in der „Alten Oper“ in Frankfurt am Main den „Konrad-Adenauer-Preis für Kommunalpolitik 2006“.

Während seiner gesamten Laufbahn habe Kohl die Rahmenbedingungen kommunaler Selbstverwaltung geprägt, betonte der hessische Ministerpräsident Roland Koch in seiner Laudatio. In seiner Dankesrede mahnte Helmut Kohl, die Politik in den Kommunen ernst zu nehmen. „Ich demonstriere heute für alle, die Tag für Tag in den Kommunen ihre Pflicht tun. Politiker müssen den Willen der Bürger in den Gemeinden respektieren“.

Neben der Ehrung des Altbundeskanzlers mit dem Sonderpreis wurden vier Initiativen und Projekte von Bürgern und Kommunen mit Medaillen ausgezeichnet, die von Frankfurts Oberbürgermeisterin Petra Roth übergeben wurden. „Alle eingereichten Projekte zeich-



Von links nach rechts: Peter Götz, Helmut Kohl, Petra Roth und Roland Koch

nen sich durch vorbildliches bürgerschaftliches Engagement aus. Dies verdient eine öffentliche Würdigung“, sagte Peter Götz, Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) und kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Die Auszeichnung für hervorragende Leistungen im kommunalen Bereich wurde zum neunten Mal von der Kommunalpolitischen Vereinigung vergeben.

Den Konrad-Adenauer-Preis in Gold bekam die „Kontakt- und Informati-

onsstelle ZIP“ aus der Stadt Parchim (Mecklenburg-Vorpommern) für ihre engagierte Vernetzung von 150 bürgerschaftlich engagierten Vereinen und Initiativen. Die Silbermedaille ging an die Stadt Krefeld (NRW) für ihr vorbildliches Integrationskonzept. Bronze erhielt der „Verein zum Erhalt von Kirchen im Landkreis Uecker-Randow e. V.“ (Mecklenburg-Vorpommern) für seine Rettung von rund 60 historischen Dorfkirchen sowie die „Seniorenhilfe Dietzenbach e.V.“ (Hessen) für ihr Konzept: „Solidargemeinschaft für Generationen“.

JETZT WIEDER LIEFERBAR!

**Taschentücher
„Freiheit für alle Nasen“**

Bestell-Nummer: **9070**
Preis je **144 Stück: 28,00 €**
inkl. MwSt.: 32,48 €



Einkaufswagen-Chip

Bestell-Nummer: **9070**
Preis je **100 Stück: 32,00 €**
inkl. MwSt.: 37,12 €



JETZT WIEDER LIEFERBAR!

Spielkarten „Französisches Bild“

Bestell-Nummer: **9540**
Preis je **50 Stück: 31,00 €**
inkl. MwSt.: 35,96 €



Spielkarten „Deutsches Bild“

Bestell-Nummer: **9507**
Preis je **50 Stück: 31,00 €**
inkl. MwSt.: 35,96 €





Türanhänger „Wählen gehen! CDU“

Zur Mobilisierung der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger sollte – am Tag der Wahl – noch einmal zur Stimmabgabe aufgerufen werden.

„Jede Stimme zählt!“

Bestell-Nummer: **1609**

Preis je 200 Stück: **8,00 €**

inkl. MwSt.: 9,28 €



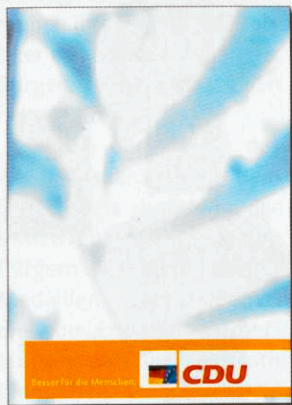
Handzettel

DIN A4

Bestell-Nummer: **0913**

Preis je **500 Stück: 18,00 €**

inkl. MwSt.: 20,88 €



Rahmenplakat

DIN A1

Bestell-Nummer: **8451**

Preis je **50 Stück: 18,00 €**

inkl. MwSt.: 20,88 €

DIN A0

Bestell-Nummer: **8452**

Preis je **50 Stück: 30,00 €**

inkl. MwSt.: 34,80 €

Grundsatzprogramm der CDU

5. Parteitag in Hamburg

Bestell-Nummer: **3818**

Preis je **25 Stück: 15,30 €**

inkl. MwSt.: 16,37 €



**Broschüre
„Die wichtigsten 10 Punkte
des Koalitionsvertrages“**

Bestell-Nummer: **5313**

Preis je 50 Stück: **26,35 €**

inkl. MwSt.: 28,19 €



**Aktionszeitung, Bundesausgabe 1/2006
„100 Tage Große Koalition –
Der Anfang stimmt!“**

Bestell-Nummer: **1013**

Preis je **250 Stück: 18,50 €**

inkl. MwSt.: 19,80 €



BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
 CDU-Kundenbetreuung
 Telefax 05241-8094165
 e-mail:
 cdu-shop@bertelsmann.de

Die neue Wandzeitung



Das ist die aktuelle Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Infostand. Sie kann von allen Kreis-, Stadt- und Ortsverbänden als Jahresabonnement beim UBG-Medienzentrum bestellt werden.

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhoyerstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.